

# *Aktionsgemeinschaft für Rechte und Chancen von jungen Geflüchteten in NRW*

## **Stellungnahme der Aktionsgemeinschaft für Rechte und Chancen von jungen Geflüchteten in NRW zu diskutierten Einschränkungen in der Kinder- und Jugendhilfe zulasten junger Geflüchteter**

### **Diskutierte „Effizienzsteigerungen“ gefährden Standards der Kinder- und Jugendhilfe**

Ein internes Arbeitspapier von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden, veröffentlicht durch den Paritätischen Gesamtverband, sieht weitreichende Änderungen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe vor. Die Aktionsgemeinschaft für Rechte und Chancen von jungen Geflüchteten in NRW warnt eindringlich vor den Folgen dieser Vorschläge.

Die Abkehr vom Bedarfsprinzip: Leistungen sollen stärker vom Aufenthaltsstatus abhängig gemacht werden. Dies widerspricht dem SGB VIII, das Gleichbehandlung und individuelle Bedarfsorientierung garantiert. Dadurch entsteht die Gefahr einer Zwei-Klassen-Jugendhilfe: Sonderregelungen für junge Geflüchtete untergraben zentrale fachliche Standards und gleiche Rechte.

Die vorliegenden Forderungen hätten gravierende Folgen für junge Geflüchtete: Pauschalierungen von Leistungen und Einschränkungen der Hilfen für junge Volljährige ignorieren komplexe Lebenslagen, etwa unsichere Aufenthalte, fehlende familiäre Netzwerke sowie erschwerten Zugang zu Bildung und Wohnraum. Besonders kritisch bewerten wir den Vorschlag, unbegleitete minderjährige Geflüchtete ab 16 Jahren in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften mit reduzierten Standards unterzubringen und sie ab Volljährigkeit regelhaft in Erwachsenenunterkünfte zu verweisen. Gleichzeitig sollen ambulante Hilfen reduziert werden. Diese Vorschläge bedeuten eine massive Absenkung von Schutzstandards und werden den besonderen Bedarfen junger Geflüchteter nicht gerecht. Sammelunterkünfte bieten weder ausreichenden Schutz noch die notwendige pädagogische Begleitung und Stabilität, die junge Menschen mit Flucht- und Gewalterfahrungen benötigen. Statt Schutz und Teilhabe zu stärken, droht eine strukturelle Ausgrenzung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe.

Ebenfalls warnen wir vor der Schwächung freier Träger. Stärkere staatliche Steuerung und Kostendruck untergraben das Subsidiaritätsprinzip und gefährden die Vielfalt sowie fachliche Unabhängigkeit der Kinder- und Jugendhilfe.

### **Unsere Forderungen**

- Einheitlichkeit der Kinder- und Jugendhilfe sichern
- Keine Sonderregelungen für junge Geflüchtete
- Individueller Bedarf muss Maßstab bleiben – auch über das 18. Lebensjahr hinaus
- Fachliche Standards dürfen nicht dem Kostendruck untergeordnet werden und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken

#### **Die Mitgliedsorganisationen:**

Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in NRW

Bund der Deutschen Katholischen Jugend NRW e.V.

Der Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V.

Diözesancharitasverbände in NRW

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit NRW

Landesjugendring Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit NRW e.V.

Paritätisches Jugendwerk NRW

# *Aktionsgemeinschaft für Rechte und Chancen von jungen Geflüchteten in NRW*

## **Kinder- und Jugendhilfe ist kein Instrument migrationspolitischer Steuerung.**

Sie ist Teil der sozialen Daseinsvorsorge und Garant für die Rechte junger Menschen. Eine Zwei-Klassen-Jugendhilfe lehnen wir entschieden ab. Alle jungen Menschen haben ein Recht auf Schutz, Förderung und Teilhabe, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

### **Die Mitgliedsorganisationen:**

Arbeitsgemeinschaft der  
evangelischen Jugend in NRW

Bund der Deutschen  
Katholischen Jugend NRW e.V.

Der Kinderschutzbund  
Landesverband NRW e.V.

Diözesancaritasverbände in NRW

Katholische  
Landesarbeitsgemeinschaft  
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft  
Jugendsozialarbeit NRW

Landesjugendring  
Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesvereinigung Kulturelle  
Jugendarbeit NRW e.V.

Paritätisches Jugendwerk NRW